



vorab per E-Mail: [REDACTED]

Bundesnetzagentur | Postfach 80 01 | 53105 Bonn

**Zustellung per PZU**

Amprion GmbH

[REDACTED]  
Robert-Schuman-Straße 7  
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
28.11.2023

Mein Zeichen, meine Nachricht vom  
4.14.03.02/23-024

☎ 0228  
14 [REDACTED]  
oder 14-0

Bonn  
28.02.2024

**Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 3 KVBG i.V.m.  
§ 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Bergkamen A  
(BNA0067, SEE930673793902)**

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund, vertreten durch die  
Geschäftsführung

– Antragstellerin –

unter Beteiligung der STEAG Power GmbH, Rüttenscheider Straße 1-3, 45128 Essen, vertreten  
durch die Geschäftsführung

– Beteiligte –

**Verfahrensbevollmächtigte:**

[REDACTED]

Bundesnetzagentur für  
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,  
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn  
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn  
0228 14-8872

E-Mail  
poststelle@bnetza.de  
Internet  
<http://www.bundesnetzagentur.de>

**Bitte neue Bankverbindung beachten!**  
Bundeskasse Weiden  
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg  
BIC: MARKDEF1750  
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

wegen

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Bergkamen A (BNA0067, SEE930673793902) hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 28.02.2024 entschieden:

Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung des von der Beteiligten betriebenen Kraftwerksblocks Bergkamen A (BNA0067) als systemrelevant im Sinne des § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG i. V. m § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 EnWG wird vom 01.11.2024 bis zum Ablauf des 31.03.2026 genehmigt.

### **Gründe:**

#### **I.**

In der dritten Ausschreibungsrunde zur Reduzierung der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) erhielt das Gebot der Beteiligten für die Anlage Bergkamen A (im Folgenden: Bergkamen) einen Zuschlag. In der Folge wies die Antragstellerin den Kraftwerksblock als systemrelevant aus und beantragte bei der Bundesnetzagentur die Genehmigung ihrer Ausweisung. Mit Genehmigungsbescheid vom 10.06.2022 gab die Bundesnetzagentur dem Antrag statt. Der Genehmigungszeitraum läuft am 31.10.2024 ab.

Mit Schreiben vom 28.11.2023, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 01.12.2023, teilte die Antragstellerin mit, erneut die Systemrelevanz der Anlage ausgewiesen zu haben, nunmehr bis zum 31.03.2026. Sie stellte den Antrag, diese Systemrelevanzausweisung zu genehmigen. Zur Begründung stützt sich die Antragstellerin auf die Ergebnisse der Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber aus dem Jahr 2023 bezüglich des Betrachtungszeitraums vom 01.04.2025 bis zum 31.03.2026.

Die Bundesnetzagentur hat auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG eingeleitet.

Der Beteiligten wurde mit Nachricht vom 19.12.2023 die Möglichkeit gegeben, zum Verfahren und zur beabsichtigten Entscheidung der Bundesnetzagentur, den Antrag zu genehmigen, Stellung zu nehmen.

Am 19.01.2024 teilte die Beteiligte der Bundesnetzagentur mit, dass die Systemrelevanzausweisung nicht genehmigt werden dürfe. Durch den Weiterbetrieb von Bergkamen werde die Entwicklung des Kraftwerkstandorts behindert, insbesondere der mögliche Neubau eines Gaskraftwerks durch die Iqony GmbH. Der Anschluss eines neuen Gaskraftwerks an das 380 kV Netz werde für

die Dauer der Systemrelevanzausweisung durch die Anlage Bergkamen blockiert, da erst Mitte der 2030er Jahre in dem maßgeblichen Umspannwerk Gersteinwerk ein weiterer Netzverknüpfungspunkt hergestellt werden könne.

Der Weiterbetrieb von Bergkamen führe auch dazu, dass die Erteilung der erforderlichen wasserrechtlichen und immissionschutzrechtlichen Genehmigungen für die Errichtung eines neuen Gaskraftwerks am Standort signifikant erschwert, wenn nicht sogar vollständig verhindert werde.

Darüber hinaus werde die übergeordnete Entwicklung des Standorts Bergkamen (z.B. Realisierung von Großbatteriespeichern, H<sub>2</sub>-Elektrolysen, NH<sub>3</sub>-Cracker, etc.) durch den bestehenden Block deutlich beeinträchtigt, da z.B. potentielle Bauflächen durch die Systemrelevanzausweisung des Kohleblocks nicht erschlossen bzw. genutzt werden könnten.

Für den Fall, dass die Genehmigung trotz der geltend gemachten Einwände erteilt würde, fordert die Beteiligte, die Genehmigung unter der auflösenden Bedingung zu erteilen, dass am Standort Bergkamen oder einem anderen Standort der Steag Power GmbH die Genehmigung für den Betrieb eines neuen Gaskraftwerks erteilt werde. Wenn die Genehmigung der Systemrelevanz nicht unter eine auflösende Bedingung gestellt werde, müsse zumindest ein Widerrufsvorbehalt aufgenommen werden, damit die Möglichkeit einer Entwicklung des Standorts Bergkamen nicht vollständig ausgeschlossen werde.

Im Übrigen treffe die Rechtsauffassung nicht zu, wonach auch im Regime der endgültigen Stilllegung eine wiederholte Ausweisung der Systemrelevanz und eine Genehmigung derselben zulässig seien. Die hier erfolgte zweite Ausweisung der Systemrelevanz durch die Antragstellerin im Regime der endgültigen Stilllegung sei bereits rechtswidrig. Dies gelte auch für die im vorliegenden Verfahren begehrte Genehmigungsentscheidung.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

## II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerkblocks Bergkamen ist beginnend ab dem 01.11.2024 bis zum Ablauf des 31.03.2026 stattzugeben, denn er ist zulässig und begründet.

Der Kraftwerksblock Bergkamen ist systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, da seine Stilllegung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führe und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann.

## 1.

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlage in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind. Dies stellt eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV dar. Diesbezüglich hat die Antragstellerin dargelegt, dass die Anlage zur Behebung von Netzengpässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze benötigt wird, da ohne deren Verfügbarkeit zum strombedingten Redispatch die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

Nach der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist eine Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems gegeben, wenn die jeweilige Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) der maßgeblichen Systemanalyse der ÜNB zum Redispatch herangezogen wird (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 73 f.).

Vorliegend kann die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung von Bergkamen auf das Ergebnis der Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber aus dem Jahr 2023 für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2025 bis zum 31.03.2026 stützen. Die Bundesnetzagentur hat die Systemanalyse geprüft und deren Ergebnisse im Rahmen der Feststellung des Netzreservebedarfs bestätigt. Hiernach ist der Vortrag der Antragstellerin zutreffend, dass die Anlage in der von den Übertragungsnetzbetreibern untersuchten Grenzsituation des genannten Betrachtungszeitraums, Netznutzungsfall Stunde 297, zum Redispatch eingesetzt wird<sup>1</sup>.

## 2.

Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass der Wegfall der Erzeugungsleistung von Bergkamen infolge der geplanten endgültigen Stilllegung bzw. des Kohleverfeuerungsverbots mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden

---

<sup>1</sup> Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber vom 17.05.2023, Seite 199, Feststellung des Netzreservebedarfs für den Betrachtungszeitraum April 2025 - März 2026, Seite 23; beide Dokumente abrufbar unter: <https://www.bundesnetzagentur.de/Netzreserve/>

und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

### 3.

Die Bundesnetzagentur wird keine Maßnahmen ergreifen, die darauf gerichtet sind, die Realisierung eines Kraftwerksneubaus mit vergleichbarer Netto-Nennleistung und mit emissionsärmerer Technologie zu erschweren. Vielmehr wird die Bundesnetzagentur die Realisierung eines derartigen Vorhabens konstruktiv begleiten. Die Errichtung und der Betrieb einer neuen Erzeugungsanlage bedeutet einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Neue Anlagen, die an den Strommärkten eingesetzt werden, vergrößern gleichfalls das Redispatchpotential im Sinne des § 13a EnWG und stellen somit einen wesentlichen Baustein für die Gewährleistung der Netzsicherheit dar, auch vor dem Hintergrund, dass die Vorhaltung von ausreichend Redispatchpotential bis auf weiteres erforderlich sein wird.

Vor diesem Hintergrund greift der Einwand der Beteiligten nicht durch, dass aufgrund der erneuten Systemrelevanzausweisung die Errichtung eines neuen Gaskraftwerks am Standort Bergkamen vereitelt werde. Da eine neue Anlage die alte Steinkohleanlage ersetzen würde, entstünde auch keine Konkurrenz zwischen der alten Netzreserveanlage und einem möglichen Kraftwerksneubau im Hinblick auf die Nutzung der begrenzten Anschlusskapazität des bestehenden Netzverknüpfungspunkts im Umspannwerk Gersteinwerk zum Netz der Antragstellerin.

Aus denselben Gründen ist die Befürchtung der Beteiligten unbegründet, dass aufgrund des Weiterbetriebs der Netzreserveanlage Bergkamen die Erteilung der erforderlichen wasserrechtlichen und immissionschutzrechtlichen Genehmigungen für die Errichtung eines neuen Gaskraftwerks am Standort wegen der Überschreitung von Grenzwerten versagt werden könnte.

### 4.

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG die Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen hat, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

### 5.

Abzulehnen ist die Ansicht der Beteiligten, dass im Hinblick auf die Untersagung einer geplanten endgültigen Stilllegung im Sinne des § 13b Abs. 5 EnWG die Systemrelevanzausweisung eines Kraftwerks und eine hieran anschließende Genehmigungsentscheidung nur einmalig zulässig sei, mit der Folge, dass die hier in Rede stehende erneute Systemrelevanzausweisung der Antragstellerin zur Verlängerung des Stilllegungsverbots von Bergkamen rechtswidrig sei und nicht genehmigt werden dürfe. Bei dieser Betrachtung würde das Interesse des Kraftwerksbetreibers an der Stilllegung seiner Anlage höher bewertet werden als das öffentliche Interesse an der Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Diese Wertung lässt sich § 13b Abs. 5 EnWG gerade nicht entnehmen. Der Gesetzgeber hat vielmehr in § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG deutlich gemacht, dass ein Kraftwerksbetreiber an der Stilllegung seiner Anlage solange gehindert ist, wie der Bedarf

nachgewiesen werden kann, dass die Anlage zur Absicherung des Netzbetriebs erforderlich ist. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit einer erneuten Systemrelevanzausweisung und -genehmigung eines Kraftwerks im Zusammenhang mit der Regelung über eine geplante endgültige Stilllegung gemäß § 13b Abs. 5 EnWG war bereits Gegenstand von zwei Beschwerden der Beteiligten vor dem OLG Düsseldorf gegen die erstmaligen Genehmigungsbescheide der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Systemrelevanz der Kraftwerke Bexbach und Weiher gemäß § 13b Abs. 5 EnWG (vgl. Az: VI-3 Kart 88 / 21 [V] sowie VI-3 Kart 89 / 21 [V]). Im Anschluss an die mündliche Verhandlung vor dem OLG Düsseldorf in den genannten Verfahren am 13.09.2023 nahm die Beteiligte die Beschwerden zurück.

## **6.**

Die hilfsweise vorgetragene Forderung der Beteiligten, die Genehmigungsentscheidung jeweils unter einer auflösenden Bedingung oder dem Vorbehalt eines Widerrufs zu erteilen, wird nicht gefolgt. Sollte die Beteiligte konkret darlegen, dass das bis zum 31.03.2026 geltende Stilllegungsverbot von Bergkamen die Investition in eine neue gasbefeuerte Anlage an einem Standort vereitelt, ist zu gegebenem Zeitpunkt mittels der der Behörde eingeräumten verwaltungsrechtlichen Handlungsinstrumente zu entscheiden. Die Bundesnetzagentur betrachtet insoweit die vorhandenen verwaltungsverfahrenrechtlichen Handlungsinstrumente als ausreichend. Anhaltspunkte, dass insofern durch einen Widerrufsvorbehalt dem Entstehen eines Vertrauenstatbestands Dritter vorgebeugt werden müsste, sieht die Bundesnetzagentur nicht.

## **7.**

Die Beteiligte erhält eine Abschrift des Bescheids.

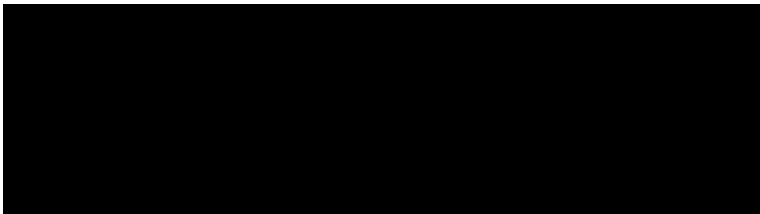
### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Im Auftrag



(Referat 626 -Versorgungssicherheit Strom)